

**Gemeinderatsfraktion
Rastede**

Michael Köver

Wilhelmshavener Str. 417a
26180 Rastede

Telefon: 04454-8403

Email: michael.koever@t-online.de
www.gruene-rastede.de

Bekhausen, den 13.12.2007

G r ü n e

Rat – öffentlich

Dienstag, 11. Dezember 2007

TOP 8 Haushalt 2008

Vorlage: 2007/192A

Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

der Haushaltsplan für das kommende Jahr ist immer das Ergebnis der Beratungen in Rat und Ausschüssen aus dem auslaufenden Jahr. Wie ist dieses Beratungsjahr aus Sicht unserer Fraktion gelaufen?

Um es vorweg zu nehmen lief einiges – und aus Sicht unserer Fraktion Wichtiges – nicht so wie wir es für richtig erachtet hätten.

Anfangen möchte ich mit dem Thema Familienservicebüro.

Wir hatten dazu im Frühjahr einen umfassenden Antrag eingebracht, weil wir einen Nachholbedarf im Bereich Planung, Ausbau, Vernetzung der öffentlichen Kinderbetreuung konstatieren und uns auch eine Verbesserung der Eltern- und Erziehungsberatung generell wünschen. Unser Antrag wurde abgelehnt, da alle anderen Parteien und auch seitens der Verwaltung kein Bedarf gesehen wurde. Als kleines Zugeständnis wurde beschlossen, einen Flyer über das vorhandene Beratungsangebot in Rastede zu erstellen. Umsetzung dieses Beschlusses durch die Verwaltung: bisher Fehlanzeige. Stattdessen wurde 4 Monate später der Einrichtung eines Familienservicebüros ‚light‘ - initiiert durch den Landkreis - zugestimmt und das bei fehlendem Bedarf wie zuvor von der Mehrheit festgestellt.

Die Verwaltung tut sich auch heute noch schwer mit der Umsetzung dieses Beschlusses (Stichwort: z.B. Niedrigschwelligkeit, die Erreichbarkeit, Herstellung einer vertraulichen



Gesprächssituation, Eingruppierung der einzustellenden pädagogischen Fachkraft nach TVÖD Fallgruppe 5 – für diese Entlohnung dürfte eine pädagogische Fachkraft kaum zu bekommen sein).

Uns ging es bei unserem Antrag nicht um Kritik an der bisherigen Tätigkeit der Gemeinde auf diesem Gebiet, sondern darum, einen neuen Ansatz in Management und Beratung im Bereich Kindertagespflege zu verfolgen. Und dass wir etwas verändern müssen, ist aus unserer Sicht kaum zu bestreiten: wer laut aktueller Studie des prognos-Institutes im Auftrage des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bereich „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ unter den 439 Landkreisen und kreisfreien Städten des Bundes Platz 378, im Teilbereich ‚Ganztagsangebote für Kinder im Kindergartenalter den 427. Platz (also den 12.-letzten Platz) wie der Landkreis Ammerland einnimmt, der hat gute Gründe, neue Wege einzuschlagen und keinen Grund, sich gegen Veränderungen zu sperren. Und im Vergleich mit den anderen Ammerlandgemeinden tut sich Rastede mit Ganztagsangeboten im Kindergarten, Krippenplatz- und Hortangebot sowie Betreuung in Ferienzeiten sicherlich nicht mit einem besonders guten Angebot hervor, so dass die Situation in Rastede ein Gutteil zu diesem schlechten Abschneiden beigetragen haben dürfte.

Nächstes Thema: Verkauf von Gewerbegrundstücken; Stichwort „Errichtung eines Betriebes zur Stromerzeugung durch ein Blockheizkraftwerk, betrieben mit Palmöl.

Da haben wir gemerkt, dass uns in Rastede eine Leitvorstellung von der Zusammensetzung unserer heimischen Wirtschaft, der Art und Weise des Wirtschaftens fehlt, z. B. hinsichtlich der Zahl der durch die Ansiedlung neu entstehenden Arbeitsplätze, des Produktes, der Auswirkungen auf Natur und Umwelt.

Da geht es zu wie bei einem Auktionator. Der BM benutzt in diesem Zusammenhang auch gerne das Wort ‚Abverkauf‘. Kriterien- und kritiklos wird verkauft, einzig die zu erwarteten Gewerbesteuerermehreinnahme im Blick. Im Falle dieses Blockheizkraftwerkes wird mit dem Verkaufsbeschluss eine Entwicklung unterstützt, die für das Weltklima und Umweltschutz katastrophal ist. In Rastede wird verfahren nach dem Motto: Geht uns nichts an – dafür sind andere zuständig.

Anders wurde seinerzeit verfahren, als es um die Errichtung von Windenergieanlagen ging. Da machte man sich Sorgen: Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und der Wohnqualität, die Auswirkungen auf Tourismus, Tierwelt und und und. Nicht zuletzt ließ man ausdrücklich vertraglich festschreiben, dass die Bauwerke nach Ende der Nutzung abzutragen sind.

Nächstes Thema: kleine Turnhalle Feldbreite

Da wird im Frühjahr diesen Jahres besichtigt, Handlungsbedarf festgestellt, beraten, ausgeschrieben und Planungsaufträge im Umfang von 70.000 € vergeben. Dann die Rolle rückwärts: die Schulkinder müssen noch mindestens 2 weitere Jahre warten, da kein Geld für diese Baumaßnahme im nächsten Jahr vorhanden sei.

Weitere Begründung: Immerhin halte der Zustand ja bereits Jahre an, da komme es auf 2 weitere Jahre nicht an.

Kein Geld im Haushalt? Da sind z. B. im Haushalt 2008 und als Investitionsplanung für 2009 insgesamt 500.000 € für den Kögel-Wilms-Platz und 566.000 € für den Rennplatz eingestellt – als sog. ‚gegriffene Summen‘, ohne dass eine Umbau- und Sannierungsplanung beschlussreif vorliegen – festgeschrieben Geld, dass für andere aktuelle und bereits konkrete Projekte wie die Turnhallensanierung Feldbreite fehlt.

Wie steht es so schön in den einleitenden Worten zur ersten Haushaltsvorlage: „Wünsche werden nicht berücksichtigt“. Ist die Rennplatzsanierung kein Wunsch? Haben wir die letzten Jahre nicht auch mit dem derzeitigen Zustand des Rennplatzes leben können? Kann die Sanierung nicht warten, um Dringlicheres anzugehen? Offensichtlich kommt es in Rastede maßgeblich auch darauf an, wer wünscht. Damit Begehrlichkeiten in den Fraktionen erst gar nicht aufkommen, werden einzelne Haushaltsposten durch die Haushaltsplaner sehr hoch angesetzt.....

(wie kann Politik überblicken, wie teuer eine Maßnahme werden könnte? – wir müssen da der Verwaltung oftmals einfach glauben, dass der Ansatz realistisch gewählt wurde, stellen nach Umsetzung der Maßnahme hinterher aber immer wieder fest, dass ein überaus großzügiger Haushaltsansatz gewählt wurde)

oder auch Vorhaben aufgenommen, deren Umsetzung auch nicht ansatzweise in den Ausschüssen beraten wurde, Stichwort: Anbau Feuerwehrhaus Hahn.

Ein derartiges Vorgehen schränkt das „Wunschrecht“ der Fraktionen ein, eröffnet der Verwaltung aber andererseits Handlungs- und Entscheidungsspielräume, zunächst an der Politik vorbei.

Wir haben diese Vorgehensweise immer wieder in den Beratungen der letzten Haushalte kritisiert, da sie nach unserem Dafürhalten nicht den Haushaltsgrundsätzen der Wahrheit und Klarheit entsprechen.

Zurück zur Turnhalle Feldbreite: Wir halten die Verschiebung für einen Fehler, weil es die Maßnahme unnötig verteuert und weil es das Recht der Schüler der Feldbreite auf Schulsportbedingungen wie an den anderen Schulstandorten missachtet. Kürzen wir den Planungsansatz für die Umgestaltung des Kögel-Wilms-Platzes um die Hälfte und verschieben wir die Rennplatzsanierung um ein Jahr, könnten wir die Turnhalle Feldbreite im nächsten Jahr angehen. Man könnte auch zugespitzt sagen: Was ist uns wichtiger: die Pferde und Motorräder oder die Schulkinder? Eine politische Entscheidung.

(zum Junktim zwischen Turnhalle und Vfl-Halle: die Verschiebung des Projektes wurde zu einem Zeitpunkt vorgeschlagen, als die konkreten Baupläne des Vfl noch nicht bekannt waren)

Und nun zu unserem zentralen Anliegen: dem Umgang mit unseren Anträgen, insbesondere im Bereich Energieeinsparung und Förderung regenerativer Energien

Bereits in 2001 wurde auf unseren Antrag hin beschlossen, dass die Gemeinde auf Anfrage Unternehmen oder auch Bürgersolarvereinen geeignete öffentliche Dachflächen zur Installation von Solaranlagen zur Verfügung stellt. Da in den letzten Jahren in diesem Bereich null passierte, brachten wir einen leicht modifizierten Antrag erneut ein. Beratungsergebnis: Die Verwaltung müsse zunächst prüfen, ob überhaupt geeignete Dächer zur Verfügung ständen. Dieser Prüfauftrag, der sich aus dem Beschluss von 2001 automatisch ergab, hätte in den zurückliegenden 5 Jahren längst abgearbeitet werden müssen, wurde aber offensichtlich jahrelang ‚vergessen‘. Mit Absicht?

Dann brachten wir einen weiteren energiepolitischen Antrag ein, der sich mit dem hohen Energieverbrauch im Freibad auseinandersetzte und darauf abzielte, das Freibad energietechnisch in einen zukunftsfähig, sprich auch zukünftig für die Bürger bezahlbaren Badebesuch, zu versetzen, wie es in anderen Ammerlandgemeinden und erst recht im Ausland

der Fall ist. Dieses wurde schlicht mit einem von der CDU initiierten Beschluss auf Nichtbefassung abgebugelt mit Hinweis auf das derzeitige automatische Verwaltungshandeln bei Sanierungen und derzeitiges Sammeln von Energieverbrauchsdaten, aus denen Sanierungsprioritäten entwickelt werden sollen.

Nur: die Verwaltung sammelt seit Jahren Daten. Passiert ist bisher kaum etwas. Herauskommen soll demnächst zunächst als 1. Schritt eine Anweisung an die Vereine, insbesondere an die Sportvereine, zur Einschränkung des Betriebes von Kühltruhen. Dem Ganzen zugrunde liegt aber lediglich ein Bericht der Verwaltung zum Verbrauch von Energien und Wasser in den gemeindeeigenen Gebäuden. Konkrete Projektbeschlüsse wurden bisher nicht gefasst.

Dieser Nichtbefassungsbeschluss der Mehrheit ist einfach ein Deckeln von Problemen, um sie dann anzugehen, wenn sie der eigenen Partei besser in den Kram passen – z. B. zu Wahlkampfzeiten. Motto: Man fasse einen Grundsatzbeschluss oder lasse sich von der Verwaltung zu einem Tätigkeitsfeld berichten und damit hat man das Themenfeld unter der Kontrolle der Mehrheit und dem Zugriff anderer Parteien entzogen. Ein zwar legitimes Vorgehen, das der Sache, um die es geht und der Beratungskultur im Rat und den Ausschüssen auf Dauer sicherlich abträglich ist.

Schließlich zur Umsetzung des Beschlusses, in 2008 und 2009 mindestens 11.000 € in konkrete Projekte mit dem Ziel der Senkung des Energieverbrauches bzw. des CO₂ Ausstoßes einzusetzen.

Es ging um einen neuen Energieliefervertrag mit der EWE. Wir wollten den Bezug von Strom aus regenerativen Quellen wie der Landkreis und die Gemeinde Wiefelstede es auch beschlossen haben. Die Mehrheit will weiter den leicht günstigeren konventionellen Strom. Als Kompromiss sollten die 11.000 €, die der Bezug von ‚grünem‘ Strom mehr gekostet hätte, in umweltfreundliche Projekte für Rastede investiert werden.

Haushaltsansatz diesbezüglich: Fehlanzeige! Auf Nachfrage wurde verwaltungsseitig erläutert, dass dieser Betrag im Ansatz zur Sanierung der GS Hahn enthalten sei. Bei der Sanierung der GS Hahn geht es im Kern um die Erneuerung der Stromverkabelung. Da Raumdecken dafür geöffnet werden müssen, soll bei dieser Gelegenheit gleich die Dämmung auf den aktuellen Standard gebracht werden. Nur: Dieses Sanierungsvorhaben war planmäßig sowieso vorgesehen, da der Austausch und Modernisierung der Beleuchtungsanlagen in den Schulen nach und nach nach Plan vorgenommen wird. Diese Ausgabe wäre auch ohne den 11.000 € - Beschluss erfolgt und entspricht daher nicht der Beschlusslage zur Verwendung des Betrages!!

Es wird also entgegen der eindeutigen Beschlusslage kein zusätzliches Geld für Umweltschutzbelaenge in die Hand genommen.

Nun sind 11.000 € nicht die Welt und bringen den Umweltschutz in Rastede nicht maßgeblich voran. Uns geht es aber um das Setzen eines Zeichens, um die Dokumentation des Willens zum Umwelt- und Klimaschutz und diesbezüglich ist einfach zu konstatieren, dass dieses Thema immer noch nicht oben auf der Tagesordnung in Rastede steht. Uns muss das Nordseewasser wahrscheinlich erst bis an den Geestrand stehen, bis Handlungsbedarf erkannt wird, aber dann dürften wir in Deiche investieren müssen....

Was Umwelt- und Klimaschutz und die Förderung regenerativer Energien angeht, steht Rastede weiterhin in der Hardcore-Ecke. Der Begriff ‚Residenzort‘ bekommt in diesem Zusammenhang eine ganz eigenartige Bedeutung. Zum Beleg: Es gibt mittlerweile eine Solarbundesliga der Kommunen. Unter denen gelisteten 874 Kommunen taucht Rastede nicht

auf. Westerstede liegt immerhin auf Platz 776 und Wiefelstede hat sich auf Platz 562 herauf gearbeitet. Soviel zum Thema Umwelt und Klimaschutz in Rastede.

Abschließend noch eine Kleinigkeit. Es geht um die 5000 €, die der KKR nach seiner Haushaltsplanung mehr als die zugebilligten 120.000 € braucht, um die Kulturarbeit im Palais voran zu treiben und weiterentwickeln zu können. Der KKR hat explizit dargelegt, warum er 5000 € mehr braucht als in den vergangenen Jahren. Dennoch waren die Mehrheitsfraktionen bisher nicht gewillt, diese 5000 € bei einem Volumenansatz im Verwaltungshaushalt von 26.112.300 € zu bewilligen. Da geht es dann ums Prinzip, um die Haushaltsdisziplin. Gleichzeitig ist man auf der Gegenseite aber bereit, über einen Betrag von 60.000 € für die Bepflanzung des Kreisels in Süden überhaupt zu diskutieren. Über die Auswirkung dieses Beschlusses auf die Motivation der Mitglieder des KKR, den die Verweigerung dieses kleinen Betrages haben könnte, macht man sich offensichtlich keine Gedanken. 5000 € als Zeichen von Haushaltsdisziplin!! Außenstehende können dabei leicht den Eindruck gewinnen, dass die Kulturarbeit des KKR in dieser Form bei einigen maßgeblichen Entscheidungsträgern grundsätzlich in Frage gestellt wird. Da stehen wir auf einem ganz anderen Standpunkt.

Im Zusammenhang mit der letzten Haushaltsbeschlussfassung im Februar hatten wir angemahnt, dass unsere Fraktion zukünftig vor den Haushaltsberatungen die Vorlage des Berichtes des Rechnungsprüfungsamtes zum letzten abgerechneten Haushalt wünscht. Der letzte Bericht begutachtete den Haushalt 2004. Wir liegen also 2 Jahre im Verzug. Rechtzeitige Vorlage des Berichtes Haushalt 2005 – wiederum Fehlanzeige. Aus unserer Sicht ein großes Manko, denn es nimmt den Mandatsträgern die Möglichkeit, Fehler beim neuen Haushalt bereits während der Beratungsphase zu vermeiden.

Dieses Vorgehen missachtet das Kontrollrecht des Rates und wird unsererseits ausdrücklich gerügt!

Es hat sich natürlich im Februar bei der Beschlussfassung des aktuellen Haushaltes auch nicht gut gemacht, als in derselben Ratsitzung die Charakterisierung des RPA zur Kenntnis genommen werden musste, dass Haushaltsplanung und Haushaltsausführung in 2004 in keinem Zusammenhang standen. Daher verständlich, dass die Verwaltung es diesmal wiederum nicht so eilig mit der Prüfung hatte.

Insgesamt ist aus unserer Sicht auch bei diesem Haushaltsplan wiederum festzustellen, dass in den Bereichen ‚Soziales und Umwelt‘ nur das umgesetzt wird, was gesetzlich als Mindeststandard gefordert wird und eigene Initiativen darüber hinaus auch nicht ansatzweise verfolgt werden.

Noch ein kleiner Beleg zur Untermauerung dieser Feststellung: Laut Stellenplan verfügt Rastede über 2 Vollzeitarbeitsplätze im Bereich der Gemeindejugendpflege. In Westerstede sind es 4, in Wiefelstede 3,4, in Bad Zwischenahn 5, in Edeweicht 2,25 und in Apen 2. Im Vergleich ‚Verhältnis Einwohnerzahl Kinder und Jugendliche – Anzahl Arbeitsplätze Gemeindejugendpflege‘ ist Rastede das absolute Schlusslicht. Warum das so ist, darüber mag sich jeder seine eigenen Gedanken machen.

Dieser Haushalt bringt die Gemeinde in den wichtigen Bereichen ‚Soziales‘ und ‚Umwelt‘ nicht wesentlich weiter. Mit einigen, für uns wichtigen Anliegen konnten wir uns nicht durchsetzen und in einem Fall – Modernisierung Freibad – wurden wir sogar, um mal einen Vergleich aus früherer Schulzeit zu bringen, mit dem Beschluss zur Nichtbefassung zum Strafestehen in die Ecke geschickt.

Dieser Haushalt kann in dieser Form nicht die Zustimmung unserer Fraktion finden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.